

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortliche Redakteure: Dresden, Reichsstraße 10, Nr. 10011. Schriftleitung: Dresden, Reichsstraße 10, Nr. 10011.

Verlag: Dresden, Reichsstraße 10, Nr. 10011. Druck: Dresden, Reichsstraße 10, Nr. 10011.

Verlag: Dresden, Reichsstraße 10, Nr. 10011. Druck: Dresden, Reichsstraße 10, Nr. 10011.

Der Reichstag aufgelöst

Berlin, 12. Sept. Die dem Reichspräsidenten am Montag nachmittag um 15.46 Uhr vom Reichskanzler v. Papen überreichte Order hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September ds. Js. verlangt.

Berlin, den 12. September 1932

Der Reichspräsident: v. Hindenburg

Der Reichskanzler: v. Papen

Der Reichsminister des Innern: Freiherr v. Gahl

Der Reichskanzler nicht zu Worte gekommen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Sept. Die Reichstagsauflösung vollzog sich als Ueberraschung für alle beteiligten Kreise am Montag nachmittag unter dramatischen Umständen. Ausschlaggebend war ein kommunistischer Uebernahmungsversuch, auf den weder das Parlament noch die Reichsregierung gefaßt waren. Zu Anfang der Sitzung, die vorüberflüchtend durch den Reichskanzler v. Papen geleitet wurde, beantragte der kommunistische Fraktionführer, sofort über einen Antrag seiner Fraktion, die Notverordnung aufzuheben und die Regierung das Ministerium auszusprechen, abzustimmen. Da im ganzen Hause kein Widerspruch gegen diese Forderung der Tagesordnung laut wurde, wäre es unerschrocken zur Abstimmung gekommen, hätte nicht der nationalsozialistische Fraktionführer Dr. Frick in letzter Minute eine halbseitige Vertagung beantragt.

In der Zwischenzeit besorgte sich die Regierung die Aufhebung der Notverordnung.

Als die Sitzung nach der Pause wieder eröffnet wurde, verweigerte der Reichspräsident Göring dem mit der roten Auflösungsmappe erschienenen Kanzler zweimal das Wort, worauf ihn Herr von Papen das Aufhebungsschreiben persönlich auf sein Pult legte, um dann mit dem gesamten Kabinett das Reichstagsgebäude zu verlassen. Der Reichspräsident Göring nahm indessen das Schreiben nicht zur Kenntnis, sondern schritt, obwohl nunmehr verfassungsmäßig der Reichstag als aufgelöst gelten mußte, zur Abstimmung über die kommunistischen Anträge, denen das gesamte Haus mit Ausnahme der Deutschnationalen Volkspartei zustimmte.

Die Sitzung schloß mit einer Kampfrede des nationalsozialistischen Reichspräsidenten, der die Auflösungsorder für ungültig erklärte.

weil sie von inzwischen gestürzten Regierungsmitgliedern unterzeichnet sei, und mit der Einberufung einer neuen Reichstagsauflösung für Dienstag. Während Nationalsozialisten und Kommunisten lebhaft applaudierten und die Parteien der Mitte in größter Verwirrung bearrten, verließen die Deutschnationalen den Sitzungssaal, wobei es um ein Haar noch zu Tätlichkeiten nationalsozialistischer Abgeordneter gegenüber dem deutschnationalen Parteiführer Dr. Dugener gekommen wäre.

Das Reichskabinett trat hierauf unverzüglich zu Beratungen zusammen.

Im Reichstage herrschte eine ungesunde Erregung und Verwirrung. Jede Minute wurde, da die Regierung den Stand-

punkt einnahm, daß es sich sozusagen um eine Revolte handelte, die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes und die Räumung des Reichstagsgebäudes erwartet. Diese Maßnahmen wurden indessen überflüssig, da der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring schon wenig später zu einem Rückzug gezwungen war, weil andere große Reichstagsparteien die Reichstagsauflösung für unannehmbar erachteten. Daran schloß sich auch der Versuch, im Kellerraum neue Verhandlungen des aufgelösten Reichstages zu beschließen. Zentrum und Bayerische Volkspartei lehnten es ab, am Kellerraum teilzunehmen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des durch die Auflösung nicht betroffenen sogenannten Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkswertretung setzte der Abgeordnete Böbe den Reichstagspräsidenten davon in Kenntnis, daß seiner Auffassung nach die Funktionen des Parlaments erloschen seien und daß alle weiteren Fragen vor das Forum dieses Ausschusses, der auch nach der Auflösung weiterbesteht, gehörten.

Kurz darauf erklärte der Reichstagspräsident Göring in einer Presseerklärung, daß sich der Reichstag bis zur Klärung der rechtlichen Fragen aller Amtshandlungen enthalten werde, und daß von einigen nationalsozialistisch regierten Ländern die Streitfrage vor den Staatsgerichtshof zur Austragung gebracht werden solle.

In diesem Augenblick war dem Konflikt, der schon weit über die Grenzen der Verfassung hinausgewachsen war, die Spitze abgebrochen.

Weitere politische bedeutsame Konsequenzen werden also diese dramatischen Vorgänge vorläufig nicht haben. Noch in den frühen Abendstunden lief dann folgendes

Schreiben des Reichskanzlers

beim Reichstagspräsidenten ein: Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Artikel 23 der Reichsverfassung sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagsauflösung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungsorder des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie verlesen zu können. Mir diesem Augenblick war der Reichstag aufgelöst. Die von Ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Verammlung und Beschlusfassung des aufgelösten Reichstages mit Ausnahme der im Artikel 25 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würden gegen die Reichsverfassung verstoßen.

Der Konflikt

Mit der so dramatisch verlaufenen Auflösung des Reichstages hat der Machtkampf zwischen den Mehrheitsparteien und dem Reichspräsidenten sowie der von ihm berufenen Regierung ganz plötzlich einen vorläufigen Abschluß zugunsten Hindenburgs gefunden. Fast schien es in den letzten Tagen, als ob die noch ausstehende Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und den Mehrheitsparteien Möglichkeiten bieten würde, die Auflösung des Reichstages in die Länge zu ziehen, ja unter Umständen sogar zu vermeiden. Die Umstände, unter denen das Parlament ein ohne Beispiel dastehendes jähes Ende nahm, sind wirklich nicht erfindlich. Durch die letzten Ereignisse hat sich die Krise des Parlamentarismus zu einer Krise unserer gesamten staatlichen Lebens aufgelöst. Die Regierung hat in rascher Entschlossenheit ihre Drohung wahrgemacht, aufzulösen, sobald der Reichstag sich gegen sie oder ihr Programm wendet. Die Ereignisse, die sich seit langer Zeit aufspielten, haben am Montag sowohl die Mehrheitsparteien als auch die Regierung überrumpelt. Zwischen beiden Teilen nahm seit den Verhandlungen über den Termin der Unterredung beim Reichspräsidenten das Mißtrauen überhand und führte schließlich in die Sachgasse der dramatischen Lösung des Konfliktes. Die Reichstagsmehrheit glaubte offensichtlich, daß die Regierung beabsichtige, sie zu überfluten und die Auflösung an einem Zeitpunkt durchzuführen, der für die Parteien ungünstig sein mußte. So wollte das Parlament rasch handeln, aber es hat dafür eine Form gewählt, die wenig glücklich war. Der Reichskanzler hat in seiner Rundfunkrede mit deutlicher Empörung darauf hingewiesen, daß das Parlament aus taktischen Gründen zwar vor kurzem eine aus Warschau entsandte Kattatorin rubin anhörte, sich aber weigerte, das Haupt einer nationalen Regierung sprechen zu lassen. In der Tat wäre es besser gewesen, man hätte sich auf den kommunistischen Mißtrauensantrag nicht eingelassen, sondern erst einmal den Reichstagspräsidenten über ihre bisherigen Taten entgegengenommen, hierauf seine eigene Meinung geäußert und dann die Entschlüsse gefaßt, die der Reichstag glaubt, verantworten zu können. Das wäre auch gut deshalb gewesen, weil wir zur Zeit vor wichtigen außenpolitischen Entscheidungen stehen, bei denen es notwendig ist, daß dem Führer der Regierung Gelegenheit gegeben wird, vor der Volkswertretung, als dem gegebenen Forum, der Welt die Beforgnisse und Forderungen Deutschlands in eindringlicher Weise mitzuteilen. Man sollte ja nie vergessen, daß im Kampf um die Gleichberechtigung Wort sei Dank — mit Ausnahme der Kommunisten — das ganze deutsche Volk geschlossen hinter den Forderungen der Reichsregierung steht. Die Vorgänge, die zur Auflösung führten, bergen Konfliktstoff in Fülle in sich. Der Reichstagspräsident, der dem Auflösungsdekret zuvorkommen wollte, hat sich bekanntlich geweigert, sofort bei Eröffnung der Sitzung dem sich zum Worte meldenden Reichskanzler Redeerlaubnis zu geben, mit der Begründung, daß man sich bereits in der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag befinde. Nun ist es zwar im Reichstag üblich, während einer Abstimmung das Wort an Parlamentariermitglieder nicht zu erteilen, aber nach Artikel 23 der Verfassung ist es sehr fraglich, ob das auch für Mitglieder der Regierung gilt. Nach dem klaren Wortlaut mit den Vertretern der Reichsregierung nicht nur während der Beratungen, sondern auch außerhalb der Tagesordnung, also in jedem Augenblick, auf ihr Verlangen das Wort erteilt werden. Der Reichskanzler betonte in seiner Rundfunkrede, daß er zweimal das Wort erbeten habe, um die Auflösung zu verkünden, und daß ihm dies beide Male abgelehnt wurde, ja, daß sich der Reichstagspräsident sogar geweigert habe, die Order in Empfang zu nehmen. Der Reichskanzler kann aber außer dem Artikel 23 noch für sich geltend machen, daß die Abstimmung überhaupt noch nicht begonnen habe, als er sich zum Worte meldete. Er ist weiter der Ansicht, daß in der Ablehnung der Entgegennahme der Auflösungsorder ein verfassungswidriger Versuch vorliegt, die Auflösung zu verhindern. Einen zweiten Versuch gegen die Reichsverfassung erblickt er ferner darin, daß der bereits aufgelöste Reichstag trotzdem die Abstimmung vornahm, die eine erdrückende Mehrheit gegen die Reichsregierung ergab. Durch diese Abstimmung glaubte sich der Reichstagspräsident befugt, das Auflösungsdekret nun seinerseits nicht mehr anzuerkennen, da eine gestürzte Regierung es nicht mehr genehmigen könne. Das Dekret, so folgerte zunächst Göring, sei ungültig und der Reichstag nach wie vor in der Lage, zu sagen und rechtskräftige Beschlüsse zu fassen. Die Reichsregierung stützt sich demgegenüber auf den Artikel 25, der eindeutig besagt, daß es das ausschließliche Recht des Reichspräsidenten ist, den Reichstag aufzulösen. Die Weigerung des Reichskanzlers hat lediglich geschäftsordnungsmäßige Bedeutung. Ja, nach der vorherrschenden Rechtsauffassung können rechtswirksame Verordnungen des Reichspräsidenten sogar von einer zurückgetretenen oder gestürzten Regierung, die ja die Geschäfte so lange zu führen hat, bis eine neue gebildet ist, genehmigt werden. Sie erlangen dadurch ungeweihten Reichskraft.

Die Stellungnahme der Reichsregierung

Der Standpunkt der Reichsregierung wurde weiter in einer Pressekonferenz geklärt, in der der Reichsinnenminister Freiherr v. Gahl zu dem Konflikt das Wort nahm. Herr v. Gahl schilderte zunächst den formalen Verlauf der ganzen Angelegenheit und erklärte dann, der Reichskanzler habe zweimal, unterstützt von dem Staatssekretär Flanz, um das Wort gebeten, und als ihm dieses verweigert worden sei, die Aufstellung der Auflösungsorder an den Reichstagspräsidenten persönlich vollzogen. Die Regierung beruft sich dabei auf den Artikel 23 der Reichsverfassung, laut dem die Regierungsvertreter während der Beratung, die Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden müssen. Die Regierung steht ferner auf dem Standpunkt, daß der Reichskanzler sich zum Wort gemeldet habe, noch ehe die Abstimmung begann. Dies stehe zeitlich einwandfrei fest, da der Antrag, die Abstimmung namentlich vorzunehmen, erst nach der Wortmeldung des Reichskanzlers durch Zuruf gestellt wurde. Nach § 105 der Geschäftsordnung des Reichstages kann aber namentliche Abstimmungen nur bis zur Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden. Da die namentliche Abstimmung nun nach der Wortmeldung des Reichskanzlers beantragt und beschlossen wurde, war die Abstimmung als solche noch nicht im Gange, so daß nach Auffassung der Reichsregierung die Weigerung Görings verfassungswidrig gewesen ist. Darüber hinaus sieht aber auch die Regierung auf dem Standpunkt, daß sie nach Artikel 25 der Reichsverfassung noch das Recht zu Erläuterungen in Anspruch nehmen könne.

gegen des Reichstagspräsidenten nicht einmal mäßig gewesen wäre, ihr Programm zu entwickeln und die Auflösung des Reichstages dazu kennenzulernen. Der Reichstag habe aufgelöst werden müssen.

Da es nicht anzunehmen sei, das Wirtschaftsprogramm, auf das sich die Wirtschaftskreise schon eingelassen hätten, wieder außer Kraft zu setzen.

Was die Mitteilungen des Reichstagspräsidenten die Reichstagsauflösung werde durch Klage einiger Länder vor dem Staatsgerichtshof bestritten werden, angeht, so bezweifelt der Reichsinnenminister schon heute die Akzeptanz der Klage in diesem besonderen Falle.

Ueber den Termin von Neuwahlen

teilte der Reichsinnenminister weiter mit, daß darüber Erwägungen im Reichskabinett noch nicht stattgefunden hätten. Er stelle aber fest, daß Neuwahlen nicht in Frage kommen könnten, wenn es zu Störungen von Ruhe und Ordnung kommen sollte. Die Ansetzung der Begründung der Auflösungsorder durch den Reichstagspräsidenten wird vom Reichsinnenminister ebenfalls zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß es in das Ermessen des Reichspräsidenten gestellt sei, auf Grund der Verfassung diejenige Begründung zu wählen, die ihm notwendig erscheine. Daß es nicht die Absicht der Reichsregierung war, sich irgendwo einer analogischen parlamentarischen Aussprache zu enthalten, beweise neben einer entsprechenden amtlichen Verlautbarung am Sonntag im übrigen noch besonders deutlich eine Auf-

(Fortsetzung Seite 2, Seite.)

Table with financial data, including columns for 'Aktien', 'Werte', 'Kurs', and 'Schluss'. It lists various stock prices and market values.

Zunächst schien es so, als ob durch die Verlagerung des Reichstages, seine Auflösung anzuerkennen, schwere Entscheidungen zwischen Reichsregierung und Parlament entstehen würden. Da aber zu erwarten war, daß die Verlagerung nach Weitertragen des Reichstages verhindern würde, erkannte nach einigem Hin und Her der größte Teil der Parteien die Auflösung an. So wird uns wenigstens das Bild erspart bleiben, daß ein Vorkämpfer und zehn Mann, um an einen bekannten Ausspruch des alten Janus zu erinnern, den Reichstag an weiteren, nach Lage der Dinge nutzlosen Beschlüssen hindert. Die Forderung des Reichstages wurde unter diesem Gesichtspunkt außer von den Deutschnationalen auch vom Zentrum und den Sozialdemokraten und damit einer Mehrheit der Parteien abgelehnt. Damit wurde zugleich von diesen Parteien die Auflösung selbst als gültig anerkannt. Es werden nur noch verfassungsmäßig der Auswärtige Ausschuss und der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksgewalt bestehen bleiben, deren Vorsitzende die Abgeordneten Dr. Friedl und Vöbe sind. Dem letzteren Ausschuss wird wohl kaum zu betreten sein, daß er beauftragt ist, den Staatsgerichtshof in der Frage der Rechtsgültigkeit der Reichstagsauflösung anzufragen. Wie verlanget, werden die Nationalsozialisten ebenfalls durch eine ihnen nahestehende Vorderegerung den Staatsgerichtshof anrufen. Ob es allerdings auf diesem Wege zu einem Urteilspruch kommt, steht dahin, weil die Reichsregierung die Aktiolegitimation der betreffenden Vorderegerung bestreitet.

Für die weitere politische Entwicklung dürfte von großer Bedeutung sein, daß alle Beteiligten ruhiges Blut bewahren. Dann wird die Regierung gemäß der Verfassung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 60 Tagen Neuwahlen ansetzen müssen. Reichsinnenminister von Gumbel hat auch bereits erklärt, daß das Kabinett diesem verfassungs-

mäßigen Erfordernis Rechnung zu tragen gewillt ist. Ob eine Veränderung des Wahlrechts kommen wird, ist wenig wahrscheinlich. So wünschenswert eine Reform in vieler Hinsicht erscheinen mag, so würde es im gegenwärtigen Moment zweifellos zur Verhütung beitragen, wenn die Neuwahl, schon um keine Verzögerung eintreten zu lassen, nach dem bisherigen Wahlrecht vorgenommen würde. Werden außerdem Unruhen vermieden, dann wird dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben, sich in Ruhe zu entscheiden, auf welche Seite es gewillt ist, sich zu stellen. Jedenfalls wäre es dringend zu wünschen, daß der Wahlkampf sachlich geführt wird, weil die gewaltigen Anstrengungen, welche die Wirtschaft und auch die Regierung zur Überwindung der Krise machen, unter keinen Umständen gehindert werden dürfen. Ein Volk, dessen letzte Reserven zur Rettung seiner Wirtschaft mobilisiert werden, kann es sich nicht leisten, nun in politischer Selbstzerfleischung das Notwendige zu vergessen. Deshalb kann man auch das sozialdemokratische Volksgesetz auf Aufhebung der sozialpolitischen Teile der Notverordnung, wie immer man auch zu den sehr weitgehenden Ermächtigungen für die Reichsregierung stehen mag, gerade von nationalen Gesichtspunkten nicht billigen. Es wäre verfehlt, in so frühen Tagen den marxistischen Verheerungsversuchen, die zweifellos damit verbunden sind, und deren Ausdehnung die abgemessene Hilfe sein soll, Vorschub zu leisten. In Ruhe und Ordnung dem durch die Verfassung garantierten Wahltermin entgegenzugehen, das ist die Aufgabe, die unserem Volk in den kommenden Wochen gestellt wird. Sie ist um so notwendiger, als über dem innerpolitischen Konflikt der außenpolitische Kampf um unsere Wehrhoheit und Gleichberechtigung stehen muß. Ein Volk, das sich in Selbstzerfleischung aufreibt, würde sich zum freiwilligen Bundesgenossen der Gegner seiner wichtigsten Lebensrechte machen.

Nach der Auflösung des Reichstages

(Fortsetzung von der 1. Seite)

lagenachricht, die dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ noch am Montagvormittag von der Regierung zugeworfen worden war und in der ausdrücklich festgelegt wurde, daß die Regierung einen ordnungsmäßigen Verlauf der Debatte dringend wünsche.

Entgegengelehrt Auffassung ist der Reichstagspräsident Göring. In einer Presskonferenz stellte er die Behauptung auf, die Reichsregierung habe zwar vor dem Reichstagsauflösung eine Erklärung abgegeben, die Volksgewalt jedoch daran hindern wolle, die Abstimmung vorzunehmen. Er sei verpflichtet gewesen, sofort nach Beginn der zweiten Sitzung mit der Abstimmung zu beginnen. „Ich hätte“, so erklärte Göring, „die Einleitung der Abstimmung bereits ausgeprochen, als der Herr Reichsfinanzminister das Wort hat. Ich bin jedoch nicht verpflichtet, der Reichsregierung während einer Abstimmung das Wort zu erteilen. Der Reichsfinanzminister hat mir darauf ein Stück Papier auf meinen Tisch gelegt, das ich zunächst nicht angesehen habe. Nach der Abstimmung habe ich nun angenommen, daß der Reichsfinanzminister mir auf diesem Mittel eine Mitteilung über seine Entfremdung hätte aufkommen lassen. Ich sah aber dann, daß es sich um die Auflösungsverordnung handelte. Ich hatte den Standpunkt eingenommen, daß eine Regierung, die loeden durch eine überwältigende Mehrheit gestützt worden ist, nicht das Recht zur Wegentziehung eines solchen amtlichen Erlasses hat. Erst in dem Augenblick, in dem der Reichspräsident die Regierung in den Stand einer Geschäftsführung in der Regierung wieder einsetzt, gewinnt auch die Wegentziehung dieser Regierung wieder Wert.“

Göring erklärte dann weiter, daß er bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes amtliche Handlungen des Reichstages nicht vornehmen lassen werde.

Eine Sitzung des Reichstages kommt vorläufig nicht in Frage, bis der Staatsgerichtshof gesprochen hat.“ Schließlich betonte Göring, daß ein Grund zur Auflösung vorgelegen habe, nämlich die schärfste Widerstand für den Fall an, daß die Reichsregierung nicht verfassungsmäßig die Neuwahlen ausführen sollte, polemisierte weiterhin lebhaft gegen die Reichsregierung und wies schließlich darauf hin, daß er dem Reichspräsidenten brieflich mitteilen werde, die Regierung sei im Reichstag gestürzt.

Am Abend fand dann noch eine Fraktionsführersprechung unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Göring statt, deren Inhalt für vertraulich erklärt wurde. Am Dienstagvormittag dürfte dann der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksgewalt vertreten und am Nachmittag der Auswärtige Ausschuss, die einzigen Überreste des am 31. Juli gewählten Reichstages, zusammentreten. Die Nationalsozialisten haben am Dienstagvormittag eine Fraktionsversammlung, um zu den Vorgängen des Montag Stellung zu nehmen. Schließlich

hat die Sozialdemokratische Partei beim Reichsinnenminister ein Volksbegehren zur Aufhebung des zweiten Teils „sozialpolitischer Maßnahmen“ der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten beantragt.

durch dessen Annahme die Pohnsentenzen und der Einbruch in die Parteipolitik unmöglich gemacht werden soll. Das soll aber, nach einer sozialdemokratischen Mitteilung, keine Zustimmung zu den anderen Teilen der Notverordnung bedeuten. — Der aufregende Montag schloß mit zwei Parteien-erklärungen leitens der Deutschnationalen und des Zentrums. Die deutschnationale Reichstagsfraktion erklärte, daß, nachdem die Nationalsozialisten im Verein mit dem Zentrum den vergeblichen Versuch gemacht hätten, den Reichspräsidenten zur Aufrichtung einer neuen Partei herbeizuführen, sie in der Reichstagsauflösung vom 12. September zur offenen Revolte gegen die Staatsführung geschritten seien. Die Verweigerung der Entgegennahme der verfassungsmäßigen Auflösungsorder und die Ungültigbezeichnung der Auflösung bedeuteten die Auslösung der Parteiherrschaft gegen den Staat. Die Deutschnationalen hätten den Reichstag verlassen, die abtrünnigen Fraktionen seien in fruchtloser Demonstration zurückgeblieben, um schon eine Stunde später in Streit zu geraten. Die Deutschnationalen würden sich nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten gegen Parlaments- und Parteiherrschaft einsetzen, und sie seien gewiß, daß in diesem Kampf das nationale Deutschland, das die Parteiherrschaft hassen gelernt habe, zu ihnen stehe.

Ganz anders lautet demgegenüber die Erklärung des Zentrums, in der der Unmut über die Reichstagsauflösung geäußert und lebhaft gegen die Reichsregierung polemisiert wird. — Unter den obwaltenden Umständen ist die am Spätabend bekannt gewordene Absicht der Kommunisten, den Reichstagspräsidenten zur Einberufung einer neuen Sitzung des aufgelösten Reichstages auf den kommenden Mittwoch zu bewegen, lediglich als eine für den Wahlkampf bestimmte Demonstration zu bewerten.

Wißtrauensvotum 512:42

Nach der endgültigen amtlichen Feststellung über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Reichstages sind für den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben worden.

Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationale und die sieben Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Von den Deutschnationalen hat sich jedoch der Abg. Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten die drei Abgeordneten des Christlichsozialen Volksdienstes Heubner, Schmidt-Behnen und Simpsendörfer sowie der Abgeordnete der Volkrechtspartei Bauer-Stuttgart, so daß sich im ganzen fünf Stimmenthaltungen ergeben. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die vier Mitglieder der Staatspartei, die zwei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die zwei Wirtschaftsparteiler.

Konferenz der Finanzminister der Länder

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. September. Der Reichsfinanzminister hat die Finanzminister der Länder zum 14. September zu einer Konferenz eingeladen. Bei dieser Gelegenheit dürfte die finanzielle Lage im Reich, in den Ländern und Gemeinden eingehend erörtert werden. Wie man weiß, sind die Verhältnisse des Reiches nicht rosig zu nennen, und den Ländern ergeht es ähnlich. In Baden, Württemberg, Oldenburg, Hamburg und Bremen ist man inzwischen über den Rahmen der letzten Reichsnotverordnung hinaus schon dazu übergegangen, anstatt der Vorauszahlung die nachträgliche Zahlung der Dienstbesätze einzuführen.

Sensationeller Verlauf der Reichstagsitzung

Berlin, 12. Sept. Die Tribünen, auch die Diplomatentage, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Am Tisch der Reichstagsverwaltung sitzt an der ersten Stelle der durch den Reichskommissar seines Amtes enthobene preussische Ministerialdirektor Dr. Waidl. Die Mitglieder des Reichskabinetts sind vollständig erschienen. Von den nationalsozialistischen Abgeordneten haben diesmal nur wenige die Parteiform angesetzt.

Reichstagspräsident Göring, der gleichfalls in Blau erschienen ist, eröffnet um 8 Uhr die Sitzung und verkündet das bereits mitgeteilte Ergebnis der Schriftführerwahl. Es sind unter den Schriftführern dieses Reichstages keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten. Der Präsident teilt dann weiter mit, daß an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Völke (Nafsoz.) der Abg. Bachhaus (Nafsoz.) getreten ist. Er gibt dann die Konstituierung der Reichstagsausschüsse bekannt.

Zur Geschäftsordnung begründet Abg. Torgler (K.) eine Veränderung der Tagesordnung. Seit der letzten Sitzung sei jene Notverordnung erschienen, die die Arbeiterklasse anstandslos der Besiegten in schmerzlicher Weise belaste. Das Schicksal der Arbeiterklasse dürfe nicht abhängig gemacht werden von den Verhandlungen über das Schicksal des Reichstages. Früher hätten die Nationalsozialisten so etwas „Kuhhandel“ genannt.

Von keiner Seite kommt Widerspruch. Diese überraschende Wendung wird mit Bewegung und Deutlichkeit aufgenommen, denn damit wäre die sofortige Abstimmung über Notverordnung und Mißtrauensantrag beschlossen.

Abg. Dr. Friedl (Nafsoz.) beantragt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und des Zentrums angenommen.

Nachdem Reichstagspräsident Göring seinen Platz wieder eingenommen hat, erscheint Reichsfinanzminister von Papen und zeigt ostentativ eine rote Klemmappe, das Wahrzeichen der Reichstagsauflösung in früheren Jahren. Die Kommunisten machen entsprechende Jurke.

Reichstagspräsident Göring eröffnet die Sitzung mit der Erklärung: Nachdem sich vorhin kein Widerspruch gegen den kommunistischen Antrag erhoben hat, kommen wir jetzt zur gemeinsamen namentlichen Abstimmung über den Antrag Torgler auf Aufhebung der Notverordnung und über das Mißtrauensvotum gegen die Regierung.

Reichsfinanzminister von Papen erhebt die Hand, um sich zum Wort zu melden. Reichstagspräsident Göring sagt mit einer abwehrenden Handbewegung: Wir sind bereits

Deutschland beteiligt sich nicht mehr an Gen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Sept. Vereinbarungsgemäß hat die Reichsregierung am Montagabend die Antwort der französischen Regierung auf ihre Aufzeichnungen veröffentlicht, die der deutsche Außenminister dem französischen Botschafter François Ponce am 23. August in Gegenwart des Reichswehrministers übergeben hatte und in denen bekanntlich die deutsche Weichherzigkeit energisch bekämpft wurde. Wie zu erwarten war, ist die Antwortnote abgelehnt. Nach Auffassung der Weichherzigkeit ist sie nicht geeignet, die Lösung der Gleichberechtigungsforderung auf dem Gebiet der Weichherzigkeit zu fördern. Zwar erkennt Frankreich in einem kleinen Maße die abwilligsten Schriftstücke des Reiches für die Sicherheit für Deutschland an, indessen geschieht dies nur formal-juristisch. Man will Deutschland durch alle möglichen Verträge und Kaufleute die Sicherheit geben, die Frankreich darüber hinaus für sich nur durch einen großen Rüstungsstand als gegeben erachtet. Ferner will Frankreich, wie in der Note zu lesen ist, im Laufe der Konferenz „an der Prüfung des Problems der Gleichberechtigung Deutschlands mitarbeiten“. Damit ist aber für Deutschland nicht getan. Insbesondere wird überall für französische Absicht sichtbar, seine einseitige Abrüstung für alle Staaten herbeizuführen, sondern die Bestimmungen für sich besonders vorteilhaft, für Deutschland dagegen so ungünstig wie möglich auszulegen.

Die Reichsregierung wird es nicht dulden, daß das deutsche Problem von der Frage der Weichherzigkeit gleichsam abgehängt wird. Chmoß bindende Kabinettsbeschlüsse noch nicht vorliegen, verlanget bereits heute,

daß die Reichsregierung nicht in der Lage sein wird, auf Grund des vorliegenden Tatbestandes sich in Zukunft noch an den Verbleiben der Abrüstungskommission zu beteiligen.

Die Frage ist um so aktueller, als das Abrüstungskomitee am 11. September in Genf wieder zusammentritt. Die Reichsregierung wird auch, wenn sie nicht mehr teilnimmt, die Abrüstungskonferenz weiterhin scharf beobachten. Man hofft in politischen Kreisen, daß vielleicht unter dem Druck der Abwesenheit Deutschlands die Abrüstungskonferenz sich zu einer Herabsetzung ihrer Weichherzigkeit bereit findet. An der Tagung der Technischen Kommission des Büros der Abrüstungskonferenz, das in Genf zusammengetreten ist, um Formulierungen über die Deereschüsse zu finden, war der bisherige deutsche Vertreter in dieser Kommission, Ministerialrat Wörst vom Reichsfinanzministerium, schon nicht mehr teilgenommen.

Der neue Bischof von Meissen

Berlin, 12. Sept. Die katholische Kunsttater mitteilt, hat der Papst den Propst von Magdeburg, Peter Legg, zum Bischof von Meissen ernannt. Der neue Bischof wurde 1882 in Braukel, Kreis Osterode in Westfalen, geboren, lebt also im 50. Lebensjahre. Seine theologischen Studien machte er in Paderborn und Würzburg, 1907 wurde er zum Priester geweiht.

Graf Zeppelin wieder nach Amerika gesteuert

Breitschiffen, 12. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 22.10 Uhr unter Führung von Kapitän Schwan mit 9 Passagieren an Bord zu einer neuen Südamerikareise, die diesmal von Pernambuco bis nach Rio de Janeiro ausgedehnt wird, aufgestiegen.

in der Abstimmung, während der Abstimmung kann ich das Wort nicht erteilen. Von den Nationalsozialisten und den Linken wird diese Erklärung mit großer Heiterkeit und mit Zustimmungsgedebungen begrüßt.

Reichsfinanzminister von Papen geht darauf zum Präsidientisch und legt dort ein Schriftstück nieder, offenbar die Auflösungsorder des Reichspräsidenten.

Reichstagspräsident Göring schiebt dieses Schriftstück zurück und erklärt: Wir haben jetzt erst die Abstimmung durch.

Wir waren bereits in der Abstimmung, und bevor sie nicht durchgeföhrt ist, kann ich nichts anderes machen. Unter großer Bewegung wird hierauf die namentliche Abstimmung durchgeföhrt. Die Kommunisten rufen: Nieder mit der Hungeregierung!

Die Regierungsmitglieder verlassen unter höflichen Zurufen der Kommunisten den Saal.

Bei der namentlichen Abstimmung geben die Deutschnationalen rote Mißtrauensab.

Reichstagspräsident Göring verkündet das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Mißtrauensantrag und über die Aufhebung der Notverordnung. Es sind abgegeben worden 550 Karten.

512 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt.

Der Mißtrauensantrag und der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung sind damit angenommen.

Reichstagspräsident Göring: Die Abgeordneten Dr. Oberlohren und Torgler haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile jetzt das Wort dazu nicht. Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hat der Herr Reichsfinanzminister um das Wort ersucht. Nach der Abstimmung habe ich ihm der Verfassung gemäß das Wort erteilt. Während der Abstimmung war das nicht möglich. Während der Abstimmung hat er mit einer Auflösungsorder des Herrn Reichspräsidenten überreicht, ein Schreiben, das nunmehr da es gegengezeichnet ist, von einem Reichsfinanzminister und einer Regierung, die durch die nunmehr durchgeföhrt Abstimmung als gestürzt zu bezeichnen ist, hinfallen geworden ist. (Stärklicher Beifall b. d. Nafsoz.). Der Reichstagspräsident verliest dann die Auflösungsorder und erklärt dazu noch mehr:

eine solche Auflösungsorder nicht rechtmäßig sein kann, wenn sie gegengezeichnet ist von einer Regierung, der die überwältigende Mehrheit der deutschen Volksgewalt das Vertrauen entgegen habe

und hinter der im Deutschen Reichstag nur 22 Abgeordnete stehen. Er werde dem Reichspräsidenten von dieser Tatsache Mitteilung machen und ihn bitten, unter diesen Umständen keine Auflösungsorder auszusprechen. Die Auflösungsorder komme nicht überraschend. Schon beim Empfang des Reichstagspräsidenten habe der deutschnationale Vizepräsident Graf (Türing) dem Reichspräsidenten erklärt, daß seine Freunde a-gen das parlamentarische Regiment seien.

Im Gegenfall zu dieser Erklärung wolle er, Reichstagspräsident Göring, freudig nach der Verfassung weiterarbeiten und die Rechte der deutschen Volksgewalt wahren.

(Stärk. Beifall b. d. Nafsoz.). Der Reichstagspräsident schlägt dann vor, morgen eine weitere Sitzung abzuhalten mit einer Tagesordnung, die vom Reichsrat bestimmt werden soll.

Die

Berlin, Dienstagabend grammer Der Reichstagspräsident hat die Kritik des Reichspräsidenten, ihm als Mit dem Auf der Reichstagsauflösung der

Die Weichherzigkeit nach hat

Aus diesem der Reichspräsident Reichstagspräsident dem Volke drei Monate mitzuteilen. dieser Kritik Kampf um die sie in dieser Die kommunistische Nationalsozialisten Vertretung der

In dieser E mehr auf die bisherige Ziel, das verfolgt. In dem der Kaiser abgelassen Nation ausstelt entlich weiter zu b Staatsführung selige Kapit worden. Die plan als sel mal wieder Schon in den Ansurand als Volk m in der Welt Diskriminat Internationala und

Die Der seiner Reich Selbstamtliche Or u dem Ausland zweite Fr kommen, die Einzelne die Ber e Frauen der g geblich auf Regierung sehr viel br kam nämlich Volke.

Wir würden für Deutsch häufig unenträglich zu werden in des europäerischen Fern geseher sein Monat

Die W Intimie un und Licht. Heer, der a Bin sio e eine Romd aufzuführen, jetzt sich das In eine die Darstell andere so — Und dem W Wunschtrau das Erfahr Tenn Chris Figuren an Liebe heran über geratet über zeitig verordnung reden von Phantome, sind. Die j der nur an denselben A denselben A Leben voll einem jung Kopf hat a Romanen i vertreib w Gesicht, obh sic bekommen mit viel G blut der den drauff Joh an n Alfred W Wargar um die Ple

Im S M ihel in Pfäffel in Pfantastie, möglichen A wens imm Die Kuffst hleren po Das bring Wola voll und damit voraus ist.

Reichsfinanzler v. Papens Rede im Rundfunk

Die Vorgänge im Reichstag - Das Wirtschaftsprogramm - Außenpolitik - Verfassungsreform

Berlin, 12. Sept. Reichsfinanzler v. Papen sprach am Dienstagabend um 10,30 Uhr im Rundfunk über das Programm der Reichsregierung.

Der Reichsfinanzler gab eingangs eine Schilderung der heutigen Vorgänge im Reichstag und betonte, daß nach Artikel 85 der Verfassung der Präsident verpflichtet war, ihm als Vertreter der Regierung das Wort zu erteilen. Mit dem Augenblick der Uebergabe des Aufschlagsbefehls, fuhr der Kanzler fort, war nach den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag aufgelöst.

Die Abstimmungen, die der Reichstagspräsident danach hat stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit rechtsunzulässig.

Aus diesem Vorgehen wird das deutsche Volk ersehen, daß es der Reichsregierung durch verfassungswidriges Handeln des Reichstagspräsidenten unmöglich gemacht worden ist, vor dem Volke einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen. Es ist ihr unmöglich gemacht worden, von dieser Tribüne über Lebensfragen der Nation, wie sie der Kampf um die Gleichberechtigung darstellt, das zu sagen, was sie in dieser Stunde den anderen Nationen zu sagen hatte. Die kommunalistische, aus Moskau angereichte Abgeordnete Clara Zetkin ist von dem Reichstag mit Rücksicht in ihren Deklamationen angeheert worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich die deutsche Volksvertretung auch nur entgegenzunehmen.

Ich stelle dieses Vorgehen des Reichstages vor dem deutschen Volke fest.

In dieser Stunde liegt mir daran, dem deutschen Volke nunmehr auf diesem Wege erneut Rechenschaft abzulegen über die bisherigen Handlungen der Regierung und das weitere Ziel, das sie im Interesse der Wahrung der Nation verfolgt.

In dem folgenden Rechenschaftsbericht betonte der Kanzler zunächst, daß es unmöglich sei, in drei Monaten abgeschlossene Leistungen vorzuweisen, die sich im Leben der Nation auswirken könnten. Die Reichsregierung ist aber sehr entschlossen, den Weg ihrer bisherigen Handlungen weiter zu beschreiten, den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung. Endlich sei in Pausanne unter das ungeliebte Kapitel der Reparationen ein Strich gezogen worden. Das System der Reparationen und der Youngplan als seine letzte Verkörperung sei tot und werde niemals wieder lebendig werden.

Schon in Pausanne, fuhr der Kanzler fort, habe ich den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet, als Volk mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Die Verletzung dieser Diskriminationen liegt seither auf der Tagesordnung der internationalen Politik

und darf nicht wieder davon verschwinden.

Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundsätzliche Ziel unserer Außenpolitik. Das ist eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands und zugleich die einzige Möglichkeit Grundlage seiner Zusammenarbeit mit dem Auslande. Aus diesem Grunde haben wir jetzt die zweite Frage unserer Gleichberechtigung im Angriff genommen, die Frage der Abrüstung.

Einzelne Parteien haben es gewagt, der Reichsregierung die Berechtigung abzuspochen, diese großen Lebensfragen der deutschen Nation vorwärtszutreiben, weil sie angeblich auf einer zu schmalen Basis stünde. Jede deutsche Regierung, die diese Frage aufnimmt, steht aber auf einer sehr viel breiteren Basis, als irgendeine Partei sie bieten kann nämlich auf der Zustimmung des gesamten deutschen Volkes.

Wir wollen die Abrüstung.

Wir würden auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge für Deutschland annehmen, vorausgesetzt, daß sie gleichzeitig für alle Staaten gelten. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt zu werden und schweigend unter den waffenstarken Staaten des europäischen Festlandes dazustehen. Niemand hat mit größerer Hoffnung auf die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland. Das Ergebnis ihrer ersten fünf Monate hat uns grauam enttäuscht.

Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht in unserem Sinne geklärt ist.

Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe nicht allein stehen. Die deutschen Mittelungen an Frankreich sind den anderen Nationen gleichzeitig zur Kenntnis gebracht worden. Das Kabinett hat sich naturgemäß mit der französischen Antwort noch nicht befassen können. Dennoch glaube ich schon jetzt sagen zu müssen, daß der Inhalt der Note nicht geeignet ist, die Lösung dieses ersten Problems zu fördern.

Zu Fragen der Innenpolitik

Übergehend, betonte der Kanzler, daß das große Ziel der Reichsregierung, das sie nach ihrer festen Ueberzeugung auch erreichen werde, die Verminderung der Arbeitslosigkeit sei. Durch das Wirtschaftsprogramm würden in den nächsten Monaten dreihundert Milliarden für öffentliche Aufträge bereitgestellt werden. Hinzu kämen Reichsmittel für die vorläufige Kleinlebenshilfe und den Bau von Eigenheimen. Die häusliche Ziehung sehe die Regierung als eine der bedeutendsten nationalpolitischen Fragen an, doch seien hier zunächst schwierigere Aufgaben zu bearbeiten als letzten. Bei Durchführung des Wirtschaftsprogramms sei es besonders eine schwere Aufgabe, den nötigen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und dem besonderen Ziel zu schaffen, auch für die Landwirtschaft wieder erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Dem Zusammenbruch weiterer bäuerlicher Betriebe müsse Einhalt geboten, die Selbständigkeit der Nahrungsmittelverforgung sichergestellt werden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei beste Sozialpolitik. Selbstverständlich befenne sich die Regierung zu ihrer Pflicht gegenüber den schuldlos bedrückten Arbeitnehmern. Hier finde die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Regierung wolle nach der Richtschnur des Reichspräsidenten handeln,

daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse.

Sie lasse sich von niemand an sozialer Gesinnung übertreffen. Nur bei einer entscheidenden Verringerung der Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter würden die Unterhaltungen für die Erwerbslosen, die auch die Regierung gegenüber für zu niedrig halte, erhöht werden können. In der Sozialversicherung habe die Regierung bei Amtsantritt einen schwer gefährdeten Zustand vorgefunden, so daß sie zu Reformen gezwungen worden sei. Leistungen, die selbst über die Kraft einer gesunden Wirtschaft hinausgingen, müßten preisgegeben werden, denn nur dadurch sei die Zahlung der Renten zu sichern. Die sozialen Einrichtungen müßten so vereinfacht und verbilligt werden, wie es der wirtschaftlichen Not der Zeit und dem Gebot der Sparsamkeit entspreche. Niemand in der Reichsregierung denke daran, die wohlvererbene Rechte des Versicherungsbesitzers an beleidigen, den Arbeiterlosen aufzuheben oder die heillosen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mißtrauen in diesem Punkte sei grundlos. Allein der tiefinnerliche Wille der Regierung, dem Volke den Wiederaufstieg aus jahrelanger Not zu bahnen. Es sei jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, die Privatinitiative wieder zu wecken. Von den Unternehmern erwarte die Regierung, daß sie die ihm anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwerten. Sie werde mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollten. Die Linie der Plan, aber die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, so sei das freie Unternehmertum verloren. Betriebe mit staatlicher Beihilfe müßten in einer Weise staatlich eingekauft unterworfen sein, daß ihr Ertrag nur dem gemeinen Nutzen und nicht privatem Vorteil diene. Eine wachsende Menge der Bevölkerung gehe über die Lebensgrenze. Aber nur durch Kampf lasse sich eine neue bessere Zukunft gewinnen.

Die Regierung rufe das Volk zu einer letzten Anstrengung auf, in dem Bewußtsein, daß damit die fürchtbaren Krisenjahre auch für immer hinter uns verfliegen.

Arbeit und Brot - der Plan der Regierung gehe beides. Der Kanzler betonte dann weiter, daß auch der Umbau unseres staatlichen Lebens eine Hauptaufgabe der

Regierung sei. Die Reichsregierung erblicke ihre historische Mission in der Beseitigung von Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung. Es wäre auch verfehlt, an die Stelle wechselnder Parteienkoalitionen die Diktatur einer Partei zu setzen. Das wäre eine Staatsform, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes niemals entspreche. Hätten deshalb, so fragte er, Millionen den Kampf gegen das „System“ geführt, das die Beamenschaft politisierte und die Stellen des Staates und der Verwaltung zu Wüsten herabwürdigte, das die Hoheit des Staatsoberhauptes untergebe und in dem Morast selbstsüchtiger Interessen? Die Regierung glaube, daß die formale Demokratie abgewirkt habe und nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden könne. Aus der Verleugung unseres Staatslebens

könne allein die Herstellung einer wahrhaft unparteilichen Staatsführung heraufzuführen, die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten stütze.

Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahnen schreibe, das eine große Partei im wesentlichen gefordert habe und wofür sie Millionen in Bewegung gesetzt hätte, dann erfahre sie bitterste Opposition, weil sie zufällig aus den Reihen jener Partei hervorgegangen sei. Der Widerstand des politischen Kampfes mit persönlichen und kollektiven Verunmündigungen müsse ein Ende gesetzt werden. Moskowitzsche Methoden hätten in Deutschland keinen Raum.

Der Kanzler betonte dann die Notwendigkeit einer christlichen Jugendziehung.

Au der es ebenfalls der Aufrichtung einer dauerhaften Staatsautorität bedürfe. Der Kanzler hielt es weiter für eine selbstverständliche Pflicht, sich vor die historische Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten zu stellen. Das deutsche Volk habe ein sicheres Gefühl der Dankbarkeit für das Gottesgeschick, das ihm den Führer in Krieg und Frieden, den Führer seiner besten Traditionen an der Spitze der Nation erhalten habe. So hoch die kämpfenden Gewalten von heute von diesem Symbol der Einigkeit überhöht würden, so sicher werde jeder gute Deutsche nur mit Kopf schütteln und Abscheu von Reden Kenntnis genommen haben, die jede Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters und der großen Persönlichkeit vermissen ließen.

Die Reform der Verfassung werde nicht überleitet und nur in Uebereinstimmung mit den Wünschen einer Lösung angelehrt werden.

Es sei ein Entwurf beabsichtigt, der auf Grund der Erfahrungen der Weimarer und der Einseitigkeit unserer Heimat für lange Zeit die Grundlage unseres staatlichen Lebens sichern solle. Ganz dringend sei dabei die Frage einer Neuordnung des Aufbaues des Reiches. Ausgeschlossen müsse in Zukunft ein Gegeneinander- und Nebeneinanderregieren im Reich und in Preußen sein. Man werde den geschichtlich gewordenen preussischen Staat nicht zerlegen, aber notwendig sei eine organische Verbindung der preussischen Regierung mit der des Reiches. Hier läge die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung.

Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen werde die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten.

Die Sicherheit für das politische und wirtschaftliche Leben bestehe in der unerschütterlichen Entschlossenheit der Regierung, die im Auftrag des Reichspräsidenten gefassten Pläne bis zum Erfolge durchzuführen.

Der Kanzler schloß: Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des Reichstages die erwählten Vertreter des Volkes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert. Sie hat es nicht gewollt. Deshalb rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Neue Radio-Geräte

sind jetzt in großer Zahl herangekommen. Noch einfacher, noch besser und - billiger. Vorführung in Ihrem Heim.
Wünsche-Radio (1267 u) Waisenhausstraße/Ringstraße
Gegenüber dem Neuen Rathaus

Berliner Theaterbrief

Die Berliner Kammerpiele, Max Reinhardts Intimtheater und geliebteste Bühne, strahlen im neuen Glanz und Licht. Ein neuer Herr, ein neues Stück. Dr. Rudolf Beer, der aus Wien zu uns kommt, bringt von Christa Winsloe, der Verfasserin der „Mädchen in Uniform“, eine Komödie „Schicksal nach Wunsch“ zur Aufführung. Kein Treffer: schon bei der ersten Wiederholung legt sich das Publikum aus Bäden zusammen.

In einem Prolog „vor dem Mikrophon“ wünschen sich die Darsteller ihr individuelles Liebesglück. Der eine so, die andere so - gedacht also als die geistige Basis der Komödie. Und dem Zuschauer bleibt alsdann überlassen, zwischen Wunschtraum und realem Erlebnis der einzelnen seinerseits das Erlebensgesetz zu ziehen. Aber soweit kommt es nicht. Denn Christa Winsloe weiß selber nicht, was sie mit ihren Figuren anfangen soll. Die Schwachen alle um das Thema Liebe herum, so subliminal, als sei man in einem Bridgeline geraten, in dem nebenher auch über Liebe und Ehe, über zeitgemäße Thematika wie Bankrott und Notverordnungen geredet werden darf. Ihre Wenschen? Sie reden von ihren Beziehungen zur Wirklichkeit und sind Phantome, Alibis, die aus den Magazinen entnommen sind. Die junge Frau, die ihren Mann zu lieben glaubt, der nur an Beruf und Gehalt, an Aktien und Karriere denkt, und die schließlich ihm und auch dem anderen, der unter denselben Auspizien des geheißen Geschäftsmannes ihr ein Leben voll Sonne und Blumen verleiht, davonläuft mit einem jungen Windhund, der wiederum nichts anderes im Kopf hat als die Liebe - man kennt sie aus unzähligen Romanen und Novellen, die schon Großmütterchen Zeitvertreib waren. Eine dämmlige Komödie ohne eigenes Gesicht, ohne eigene Haltung, ohne eigene Dankschrift. Aber sie bekommt Farbe und Laune durch eine von Rudolf Beer mit viel Geschmack dirigierte Darstellung. Durch das Gerüst der enttäuschenden Witze Illich vor allem und den drausagenerischen Hans Krausewetter. Durch Johannes Niemann, den Ehegatten, durch den noblen Alfred Abel, der es gerne werden möchte. Und durch Margarete Meiser, die Freundin, die sich gleichfalls um die Liebe des jungen Weibchens bemüht.

Im Staatlichen Schauspielhaus bringt Volker Witzel die erste Reinszenierung: „Was ihr wollt.“ Witzel ist kein Mann des großen Damors und der starken Phantasie. Aber er gibt saubere Arbeit, in einem simultanen, möglichen Bühnenrahmen von Leo Otto und mit der feinsten, wenn immer erfreulichen Uebersetzung von Hans Kothe. Die Aufführung verläuft reichlich handwerksmäßig, ohne tiefere poetischen Schimmer, ohne das Schicksalsweirische. Das bringt eigentlich nur Maria Ward auf, die eine Wela voll jugendlicher Frische und innerer Laune gibt und damit den übrigen Darstellern um drei Werdelängen voraus ist.

Im Vestingtheater, das jetzt eine Gastspielstätte der Rotterdams, hat Dofar Homola Schaw „Pogmalion“ inszeniert. Für sich als etwas reichlich holterdischer Professor Hagin und für seine Frau - Grete Wosheim - als Blumenmädchen. Eine gute Note der Wosheim, der namentlich der surs, kesse Ton des Mädchens von der Straße liegt. Wenn sie später, als die Segnungen der Kultur sie berührt haben, die Forderungen der sozial Geborenen, der menschlich Lebenden, vertritt, zeigt sie auch ihre Grenzen; die Wärme des Gefühls, die innere Vitalität fehlen. Aber das Publikum feiert sie und entsetzt beglückt den alten Shaw auf neue.
O. Sch.

Kunst und Wissenschaft

† Dresden Theaterplan für heute. Opernhaus: „Salome“ (8). Schauspielhaus: „Die Jungfer vom Hochstaden“ (8). Alberttheater: „Geflohen“. Die Komödie: „Guten Morgen, Welt!“ (8,15). Centraltheater: „Madonna, wo bist du?“ (8,15).

† Schiller-Ausstellung (Wärsche Zerkel). Die Dresden-Exposition hat für ihre jetzt im Ausvertrieb befindliche erste Ausstellung auf eigene Kosten einen Katalog herausgegeben, der außer 14 Abbildungen aus dem Bezugsland der aussergewöhnlichen Kunstwerke enthält, worin dieselbe Künstler, Mitarbeiter der Exsition, ihre Aufnahmen über Kunst und Kunstpflege zum Ausdruck bringen. Diese Kataloge (Preis je 6 Pf.) liegen am Eingang der Räume, die von der Dresden-Exposition 1932 belegt worden sind, besonders zum Verkauf aus.

† Stadtmuseum Waagen. Im Graphischen Kabinett findet vom 8. bis 30. September eine Ausstellung von Aquarellen, Federzeichnungen und Holzschritten des Dresdner Malers Georg Mengedauer statt.

† Roberter Musikfest in Bad Pyrmont. Der Tradition entsprechend, bemühte sich die Verwaltung von Bad Pyrmont, auch dieses Jahr wieder durch eine festliche Veranstaltung („Lebende Komponisten in Bad Pyrmont“) um die moderne Musik. Es dirigierten Walter Stöber und Generalmusikdirektor Fritz Busch von der Dresden Staatsoper; gespielt wurde von den Dresden Philharmonikern. Auf dem Programm des Stöber'schen Konzertes standen: Hermann Ungers „Landschaften aus „Kauf“, 2. Teil“; ein Violinsonett von dem Ungar Arós von Bultfank (Solist E. v. Serbafel); Ouvertüre zu einer heiteren Oper von Pierre Maurice; Paul Höfers „Tanzmusik für Klavier“ und ein musikalisches Stück des Dolländers Johan Wagenaar. Fritz Busch brachte das gleiche Programm zu Gehör, das unter seiner Leitung den Deutschen Abend auf dem Internationalen Musikfest in Venedig ausfallen wird. Von Lob: Vorspiel zu dem Märchen „Die Prinzessin auf der Erbse“; von Hindemith: Spielstück für Klavier. Oboen und Streichorchester; von Gottfried Müller: Variationen und Fuge über ein deutsches Volkslied; von Paul Graener: „Die Blüte von Sand-

fouci“ und von Adolf Busch: Capriccio für Kammerorchester. Das Publikum folgte in beiden Konzerten dem meisterhaft dirigierten und geliebten, durchwegs wertvollen Programmnummern mit lehrer Aufmerksamkeit.

† Tagung des Deutschen Sprachvereins in Gohensheim. Der Sachliche Landesverein des Deutschen Sprachvereins hielt im Gewerkschaftshaus zu Gohensheim-Enthal seine diesjährige Hauptversammlung ab, die aus allen Teilen Sachens recht gut besucht war. Einige Vorträge, vom Lehrerschaftsverein in Gohensheim dargeboten, leiteten die Festigung ein. Studiendirektor Dr. Paulus (Bauhen) entbot den Tagungsteilnehmern einen Willkommensgruß und betonte u. a., daß jeder Deutsche seine Muttersprache achten und lieben solle. Es müsse alles getan werden, die deutsche Sprache zu fördern, denn sie sei der geistige Mutterboden unseres Denkens und Fühlens. Seit mehr als 50 Jahren lege sich der Deutsche Sprachverein für Reinheit und Schönheit der deutschen Sprache ein und stände damit dem deutschen Volkstum zu dienen. Hieraus sprach Hauptgeschäftsführer Dr. Erich Frisch begründete Worte. Anschließend hielt Professor Dr. Mendt (Chemnitz) einen gedankenschönen, wissenschaftlichen Vortrag über das Thema „Technik und Sprache“, worin er Vergleiche zwischen Technik und Sprache zog. Die Muttersprache sei der Ausdruck unseres Seelenlebens. Sie lege uns in den Stand, Weltanschauung zu vermitteln. Jede Vortragsform sei ein Erlebnis. In seinen weiteren Ausführungen gab der Redner typische Beispiele von der Sprachverwirrung, die es jetzt auszurollen gelte. Aus diesem Grunde müsse noch viel mehr als bisher gearbeitet werden, um die großen Aufgaben zu lösen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Mit einem Schlußwort des Verbandsvorsitzenden fand die Festigung ihr Ende. Nachmittags fand die eigentliche geschäftliche Tagung statt, in der der Jahresbericht vorgelegt wurde, der von einer reichen Arbeit zeugte. Der Jahresbericht wies ein erfreuliches Bild auf. Die übrigen Verhandlungsgegenstände wurden nach den gemachten Vorschlägen erledigt.

Werkstudenten erzählen

Eine Broschüre ist auf den Schreibtisch gefallert, die man mit Teilnahme zur Hand nimmt und die man mit gesteigerter Teilnahme, nachdem man sie gelesen hat, wieder aus der Hand legt. Man könnte sie unterhaltsam - nach altem Fremdenortbrauch amüsant - nennen, wenn nicht so bitterer Lebenserfahrung dahinterstände.

Er befundet sich schon im Titel: „Student in Not.“ Ein Buch der Erlebnisse, der Selbsthilfe, der Tat und Not des Werkstudenten ist die Schrift. Werkstudent - das ist ein Wort aus dem Register der Not von heute. Es heißen für Jungakademiker, die sich das Geld zum Studium durch ihrer Hände Arbeit schaffen müssen, oder auch solche - das sind die noch mehr schicksalgezeichneten -, die mit

Umtl. Bekanntmachungen

Die öffentliche Umstellung für unentgeltliche Umstellungen, hier, Schellische K... 13 bis Ende dieses Monats geschlossen.

Dresden, am 12. September 1932. Der Rat zu Dresden, Umstl.

Aufgehobene Sitzstuhlspernung Der gesamte Teil der Straße... 14. September 1932 ab für den Verkehr wieder freigegeben.

Dresden, am 12. September 1932. Der Rat zu Dresden, Umstl.

On das Handelsregister ist heute auf Blatt 2207 die Umtl. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden, früher in... 25. Mai 1932 geändert worden.

On das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) der Kaufmann Ernst Georg Krupp in Dresden, Rön... b) der Kaufmann Karl Hugo Senninger in Dresden, Rön...

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Carl August Robert... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Hubert... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns Erich Wolfgang Theodor Wagner... 9. September 1932 angenommen.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Das, der Ingenieur Philipp Heinrich Heiser und der Kaufmann... 13. September 1932, vormittags 8.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Mittwoch, den 14. September 1932, (oben gegen sofortige... 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

201. Sächsische Landeslotterie

3. Klasse - Ziehung vom 12. September - 7. Zug

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts.

Nachrichten aus dem Lande

Der heilige Verleumdungsinventar... Der heilige Verleumdungsinventar... Der heilige Verleumdungsinventar...

Wochenplan

Wochenplan... Der heilige Verleumdungsinventar... Der heilige Verleumdungsinventar...

Bermischtes Die Cholera in China

Sonderbericht unseres Mitarbeiters in Peking

Durch Veröffentlichung des Direktors des chinesischen Gesundheitsdienstes, Dr. Wu Lin Ted, wurden...

Das ist ein Äußeres Zeichen für die große Ausdehnung, die die Cholera-Epidemie in diesem Jahre genommen hat.

Die Zahl der Todesopfer 100 000 erreichen wird, im Vergleich zu früheren Zeiten sind die chinesischen Behörden...

So schwer es ist, aber die Ursachen des Kommens und Wehens der Seuchen etwas zu sagen...

So schwer es ist, aber die Ursachen des Kommens und Wehens der Seuchen etwas zu sagen...

die großen Bevölkerungsbewegungen der letzten zwölf Monate

als Ursache der ungewöhnlich starken Ausbreitung mit in Rücksicht zu ziehen sind Millionen von Bewohnern...

Edith Rockefeller's Universalerbe - ein Schweizer Architekt

Das Millionentestament der „armen“ Frau - Die romantische Liebesgeschichte der Tochter des Despoten

In ganz Amerika hat die Eröffnung des Testaments der verstorbenen Tochter John Rockefellers, Edith MacGormick...

Das Vermögen Edith Rockefellers ist, entgegen aller in der letzten Zeit verbreiteten Meinungen, noch immer sehr beträchtlich gewesen.

Vor zwanzig Jahren begann der Liebestroman der Tochter des reichsten Mannes der Welt mit einem einfachen, armen Schweizer Ingenieur.

Edwin Arenn wird allerdings von der Erbschaft nicht besonders viel haben. Er war nämlich sehr misstrauisch und hat seine Erbschaftsprüfung...

Von den übrigen sieben Zwölfstel hat die Verstorbene vier Zwölfstel ihrer ältesten Tochter, zwei Zwölfstel der jüngeren und nur ein Zwölfstel ihrem Sohn vermacht.

Erst das Nest - dann die Frau

Dah auch in der Tierwelt der Grundfay herrscht, daß man sich kein Nest durch harte Arbeit verdienen muß, zeigt das eine erliche Verhalten eines indischen Vogelart...

Das deutsche und französische Stratosphärenflugzeug

Ein Vergleich zwischen dem beiden ersten Stratosphärenflugzeugen der Welt - Die wichtigsten Konstruktions-einzelheiten

In Deutschland und in Frankreich ist je ein Stratosphärenflugzeug fertiggestellt worden. Das deutsche Junkersflugzeug hat die Bezeichnung „Ju 49“ erhalten.

Es ist 28 Meter breit und 16 Meter lang. Es wird von einem 800-PS-Motor der Firma Junkers angetrieben und soll eine Geschwindigkeit von 500 bis 600 Kilometer in der Stunde erreichen.

Sonderer Vorkehrungen für den Höhenflug zu erproben. Es ist zu erwarten, daß die Konstruktion entsprechenden Anforderungen entsprechen werde...

Das „Harman“-Stratosphärenflugzeug

hat eine Spannweite von 19 Meter, die um neun Meter geringer ist als die des „Ju 49“. Es besteht in seinem Gerüst und in seinen Flügelrippen aus Duraluminium.

neft anzulegen, ohne daß irgendwelche Weibchen zu sehen sind. Erst wenn sich die Weibchen der Vögelung nähern...

Ein Kraftwagen gerät in Brand. Zwischen Röhren und Eisen trat ein aus Hannover kommender Kraftwagen mit voller Macht gegen einen Baum.

Eine Familie fleischvergiftet - Ein Kind gestorben. In Welfenkirchen erkrankte eine vierköpfige Familie an fleischvergiftung.

Eine Reparaturwerkstatt für gestohlene Räder. Auf dem Gelände des Zentralfriedhofs in Curia bei Hamburg fand man Teile von Fahrrädern...

Die Höhenrakete des Ingenieurs Winkler. Die Höhenrakete des Ingenieurs Winkler ist nach Villa transportiert worden.

In der Scheune verbrannt. In Großhadern (Dorfer) brannte auf dem Grundstück des Deponierates Weinberger eine große Scheune mit Erntevorräten nieder.

Die Räuber als Goldbetrüger. Eine Räuber wurde dieser Tage einer Schmugglerin in Jägerndorf zum Verhängnis.

Ein 19-jähriger Einbrecher. Ein 19-jähriger Volksschüler in Ritzsch bei Rölln, mit dem die Polizei sich schon wiederholt beschäftigt hatte...

Beim Looping abgekratzt. Ein französischer Militärflieger, der in der Nähe von Bordeaux auf einem Looping ausfuhrte...

150 Tilo schwerer Meteor. In einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Bordeaux lag ein Meteor nieder und vergrub sich in einem Feld.

Neue „Blau Grotte“. Eine neue „Blau Grotte“ ist in der Nähe von Amalfi entdeckt worden.

Ein gemäßigter Gast. Herr Sommergut weißt zur Erholung auf dem Lande. Selbstverständlich trifft ihm die Häuerin bei dem sehr mäßigen Pensionpreis nicht gerade Federböcken auf.

Der Renommist

Von Hans Bethge

Auf einem deutschen Schiff, das eine Gesellschaftsreise durch das Mittelmeer unternahm, befand sich ein Mann, der durch das selbstbewusste Dazwischen auftrat...

Der Renommist. Ein kleiner, finger, äußerlich unauffälliger Gelehrter, der auf seinem Gebiet einen großen Ruf genoss...

Der Renommist. Der Renommist suchte einen Augenblick und dachte nach. Der andere sah ihn und meinte, das Wort müsse vermutlich ein altes jüdisches Musikinstrument bezeichnen.

Der Renommist. Nun begann sich der Alledwiser, und während sich wieder ein andachtsvolles Publikum lautstark um ihn versammelte, fing er mit bereiten Worten an...

Der Renommist. „Natürlich“, sagte er, „es ist das alte, verächtliche Saiteninstrument der Juden, auf dem sie spielen, wenn sie Psalmen an Jehova singen.“

Der Renommist. Die Klänge, die durch Rapsen hervorgerufen wurden, waren sonorer als die der Darle, sie waren erfrischer, feierlicher...

Der Renommist. Das Publikum klangte, und der kleine, bescheldene Gelehrte dankte dem Sprecher mit einer letzten Bewegung, indem er sagte:

Der Renommist. Ihre Beschreibung der Sage ist mir besonders interessant. Ich hatte in der Bibel immer gelesen, daß die Hebräer mit Bittern und Bagen in den Tempel gegangen sind...

Kochen Sie MAGGI'S Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld. Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Familien-Nachrichten

Heute entschlief im 82. Jahre seines treu erfüllten Lebens nach kurzem Leiden unser geliebter

Ernst Richard Rößner

Bürgerschuldirektor i. R. Ritter des Kgl. Sächs. Verdienst-Ordens.

Er war ein Vorbild der Rechtschaffenheit und der Selbstlosigkeit im Sorgen für die Seinen.

Dresden-A. 16, Ellisenstraße 4, am 11. September 1932.

Helene Rößner geb. Böslot Hilde Zaunick geb. Rößner Marie Böslot geb. Pleißner Dr. Rudolph Zaunick und Sohn Ernst Heinrich.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. Sept., nachm. 3 Uhr von der Halle des Trinitatis-Friedhofes aus statt. Wir bitten, von Beileidsbesuchen abzusehen und gütigst zugedachte Blumen dem Friedhofsinspektor zu übergeben.

Herr Erwin Wenzel... Dresden, den 12. September 1932

Ein Trauerfall... Pietät und Heimkehr... Dresden-A., Am See 26, Ruf 20157, 20158

Aerztliche Personalmeldungen... Frauenarzt Dr. Fritz Lehmann... Dresden-Blasewitz

Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe!... Albert Presch - Wäsche-Ausstattungen

LUISENHOF Der Balkon von Dresden... HEUTE Karpfen- und Rebhuhnschmaus

Zähne und Plomben... Zahnarzt Bormann, Struvestr. 17, 1.

Kohlenherde Gasherde... Moritz Schubert... Theaterstr. 5

Einmalige seltene Gelegenheit!... Was Sie nicht wissen, erfahren Sie hier

Schöne Familiennachrichten... Verlobt: Berlin: G. Labisch... Verlobt: Dresden: Dr. O. Hildebrandt

Verloren... 30.- M. Belohnung... Dachelhündin

Mustermappen... Fabrikpreisen... W. Camillo

1 Plane... 5x6 bis 6x6 m... Pferd

Aus hochherrsch. Haushalten... Antike Abtl.: Diele, Tische, Sessel... echte Perser-Vorkriegsteppiche

Pelz-Etage... Wettiner-Str. 38, nur 1. Stock... Fische, Krawatten, Jacken, Mäntel

Dienstag bis Freitag... II. große Ausstellung... Persianer... Wir bieten: Pelzmäntel von 75.- M. an... Herrenpelze von 100.- M. an

Des Film-Wunders letzter Tag!... Greta Garbo... Romanze... mit Fritz Schulz, Magda Schneider, Otto Wallburg

Mittwoch der langerwartete Tonfilm „Tannenberg“... U.T. Waisenhausstraße 22.

Magnet SARRASANI... 1000 Abenteuer-Weitenwunder... Täglich 8 Uhr, Mittwochs, Samstags und Sonntags

REGINA... Heute 4 Uhr Modenschau vom Kaufhaus Renner... Eintritt frei

Centraltheater-Tunnel... Heute lange Nacht

Cabaret Altmarkt... Heute Dienstag und diese Woche Polizeistunde 3 Uhr

Café Waldesruh... Das beliebte Militär-Konzert... Morgen Mittwoch

Dampfschiff-Hotel Döbmitz... Heute Dienstag 4 Uhr Tanz- und Musik-Programm

Herbst-Aufenthalt... Herrlicher, ruhiger... Preis 12.- bis 15.-

Autobusfahrt nach dem Tier- und Riesengebirge... 8. Wiederholungsfahrt vom 15. bis 17. 9. 32

FÜRSTENHOF LICHTSPIELE... Dienstag bis Donnerstag... Einmaliges Doppel-Programm!

Das Millionentestament... Ein überaus lustiger Tonfilm

Romanze... Wir schallen um auf Hollywood

Schauspielhaus... Die Jungfrau von Bismarck

Günstiges Angebot! gebrauchtes Piano... 460.- Mk.

Die Komödie... 1/9 Guten Morgen

Stille Bedenkt... Hotel-Boy

Opernhaus... 2. Vorstellung für Dienstag

Madonna... Operette von Max Reichert

Die Reich... Der Reich... 1932 auf 1933

76. Jahrgang... Berlin, 13. September 1932... Der Reich... 1932 auf 1933